

Dresdner Volkszeitung

Hilfsredaktion: Dresden
Sabon & Comp., Nr. 1208

Organ für das werktätige Volk

Redaktion: Gebr. Vitzthum, Dresden
und Sächsische Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Postgebühren mit den wöchentlichen Beilagen
nach der Arbeit und "Volk und Welt" für einen halben Monat 1 M.
Einzelnnummer 10 Pf.
Telegraphen-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261. Sprech-
stunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261 und 12707.
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: bei 20 mm breite Kopfreize
30 Pf., bei 50 mm breite Reklamazeile 1,50 M., für ausübliche An-
zeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietangebote
40 Proz. Rabatt. Für Briefwerbung 10 Pf.

Nr. 177

Dresden, Montag den 2. August 1926

37. Jahrg.

Der bayerische Justizskandal Ein amtlicher Rechtfertigungsversuch

B. München, 1. August. (Eig. Draht.)

Staatsrat Dr. Schmitt vom Justizministerium hat, als Antwort auf die bisherigen Feststellungen gegen den bayerischen Justizminister, eine Erklärung veröffentlicht, in der er behauptet, Gurtner zeigend zu sein und die Schuld auf die Staatsanwälte abzuwälzen. Am Schluß dieser Rechtfertigung heißt es:

„In jedem Falle weise ich die gegen den Justizminister erhobenen Vorwürfe mit Entschiedenheit zurück. Staatsminister Gurtner hat in seinem hohen Amte, wie vorher in seiner Tätigkeit als Referent, pflichtgemäß staatsdienliche Überprüfungen durchgeführt. Ich protestiere aber auch vor aller Öffentlichkeit gegen die Art und Weise, wie Herr Levi als Mitglied des Gemeindefusses die diesem Ausschuss anlässlich übermittelten Akten verwertet zu einer Zeit, wo das Kooperationsverfahren des Ausschusses noch gar nicht abgeschlossen ist, und ohne daß ihm von irgendeiner zuständigen Stelle Halt geboten wird.“

Am 1. August darf die Entscheidung dem Gemeindefuss und dem Bericht überlassen werden, das über den vom Staatsminister Gurtner gegen den Vorwärts wegen Beleidigung gerichteten Strafantrag auszuersuchen haben wird.“

In dieser amtlichen Erklärung des bayerischen Justizministeriums wird der Versuch fortgesetzt, den der bayerische Justizminister bereits im Jahre 1924 unternommen hat. Wenn die Staatsanwälte, auf Grund der Unterredung mit dem damaligen Oberregierungsrat Gurtner, gegen ihre Überzeugung die Mörder freilassen, so machen sie sich selbst das Verbrechen nach § 346 StGB (Begünstigung) schuldig. Trotzdem ließ Gurtner die beiden Staatsanwälte endlich vernehmen und erzielte damit, daß sie eine Aussage gaben, in der sie zwar den Minister zu decken versuchten, soweit das im Rahmen des Möglichen lag, die aber gerade in den entscheidenden Punkten völlig versagte. Die entscheidenden Punkte sind:

1. Wer hat Dr. Gurtner davon in Kenntnis gesetzt, daß Cademann zwei Staatsanwälte ins Justizministerium bringen werde? Ist es dem Münchner Justizministerium eine tägliche Erscheinung, daß ein Referent auf eigene Verantwortung Staatsanwälte aus ihrer Amtsstelle wegholt und dem Justizministerium vorführt?

Ist es wahr oder nicht, daß Oberregierungsrat Gurtner, als die Staatsanwälte bei ihm erschienen, über die Sache und den Zweck ihres Kommens bereits informiert war?

Wer hat Herrn Dr. Gurtner davon in Kenntnis gesetzt? Ist es im bayerischen Justizministerium üblich, daß zwei Staatsanwälte in deren Ministerium kommen und ihrem Vorgesetzten Bericht halten?

Wenn Herr Dr. Gurtner diesen Fragenkomplex beantwortet und sich nicht auf das schlechte Gedächtnis beruft, das in gewissen Münchner Kreisen allgemein ist, so wird die deutsche Öffentlichkeit der Wahrheit nahe kommen.

2. Warum hat Herr Dr. Gurtner, wenn ihm der Staatsanwalt den geradezu erschütternden Sachverhalt mit völlig erschöpfenden Beweisen vorgezogen hat, nicht getan, was bei dieser Sachlage seine Pflicht war: das Vergehen des Staatsanwaltes zu billigen?

Wie erklärt der Justizminister, daß die Staatsanwälte in ihren Entschlüssen, ob der Mörder von rechts oder links komme, angeblich schwanken wurden und nach der Unterredung mit Gurtner den positiven Willen, nach rechts nichts mehr zu unternehmen, dadurch zum Ausdruck brachten, daß sie die Beweise, die wichtigsten Beweismittel, den Mörder wieder auszukundigen ließen trotz des ausdrücklichen Widerspruches und Protestes des Leiters der Abteilung I der Münchner Polizeidirektion?

Am 1. August trat sich die bayerische Ministerialerklärung über das Vergehen des Abgeordneten Levi auf. Er habe Akten veröffentlicht, eine die dem Ausschuss zur Kenntnis gekommen seien. Der Ausschuss hat bereits der kurzen Zeit, aus Anlaß eines andern Falles, beschlossen, daß von dem Akteninhalt öffentlich nur Gebrauch gemacht werden soll, wenn er bereits im Gemeindefuss vorgebracht sei. Der gesamte Inhalt der Kartungskunden Akten ist aber dem Gemeindefuss bereits am 20. April 1926 vorgebracht und in der Presse veröffentlicht worden.

Attentat auf Primo de Rivera

D. Berlin, 1. August. (Eig. Draht.) Nach einer Sabotageaktion ist am Sonntagabend in Barcelona auf den General Primo de Rivera kurz vor seiner Abfahrt nach Madrid ein Attentat verübt worden. General Primo de Rivera ist unverletzt geblieben und inzwischen in Madrid eingetroffen.

Als sich General Primo de Rivera im geschlossenen Automobil auf dem Wege zum Bahnhof befand, um nach Madrid zu fahren, folgte ihm ein in der Nähe stehender Mann einen Dolch gegen den Wagen des Ministerpräsidenten, ohne ihn jedoch zu treffen. Der General verließ seinen Wagen einige Augenblicke, betrachtete dann den Dolch, um abzuhandeln seine Fahrt zum Bahnhof fortzusetzen, wo er den Wagen des Ministerpräsidenten übergeben sollte. Der Angreifer, der von dem hinter dem Wagen des Ministerpräsidenten saßen, wurde sofort verhaftet. Er handelte sich um den 34 Jahre alten Domingo Mahadortrat. Aus dem Verhör scheint hervorzugehen, daß der Täter Anarchist ist.

Kulturkampf in Mexiko

Zwischen der mexikanischen Regierung und der katholischen Kirche ist, wie gemeldet, in den letzten Wochen ein schwerer Konflikt ausgebrochen, der sowohl an den deutschen Kulturkampf zu Bismarcks Zeiten als auch an die bewegten Jahre erinnert, die Frankreich aus Anlaß der Einführung der Laizengesetzgebung und der Trennung von Kirche und Staat zu Beginn dieses Jahrhunderts durchlebt hat. Dieser mexikanische Konflikt geht auf Ereignisse zurück, die sich schon vor nahezu zehn Jahren abgespielt haben.

Nach dem Sieg der linksdemokratischen, arbeiterfreundlichen Revolution wurde, im Jahre 1917, die alte mexikanische Verfassung von 1857 durch eine neue ersetzt, die u. a. eine wesentliche Einschränkung der früheren Vorrechte der katholischen Kirche verfügte. Sie hob den Besitz aller kirchlichen Güter, einschließlich der Gebäude, auf und verwandelte diese in staatliches Eigentum; sie schaffte die kirchlichen Volksschulen ab, ebenso das Recht der Kirche, charitative Einrichtungen zu betreiben; sie verbot die Veranstaltung von religiösen Zeremonien außerhalb der Kirchen (Projessionen), sie untersagte den Geistlichen jede politische Betätigung und sogar das Tragen einer besonderen Tracht. Durch diese und noch weitere einschränkende Bestimmungen ging die neue mexikanische Verfassung weit über alle Gesetze hinaus, die aus dem Gebiete des Antiklerikalismus in andern Ländern, z. B. in Frankreich, zur Durchführung gelangt sind.

Da nun aber der Einfluß der Kirche, die zwei Drittel des produktiven Vermögens des Landes — namentlich Erdölgruben — besaß und das Wirtschaftswesen, das Schulwesen, die Nachrichtenagenturen, die Wohlfahrtspflege bis dahin beherrschte, ungeheuer stark blieb, wagten es zunächst die einzelnen Regierungen nicht, die antikirchlichen Bestimmungen der Verfassung durchzuführen. Erst nach dem Regierungsantritt Obregons im Jahre 1920, und besonders seitdem Präsident Calles als Vertrauensmann der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft 1924 ans Ruder kam, ist der Kampf zwischen Staat und Kirche mit aller Schärfe entbrannt.

Die katholische Kirche hat nun einen Kirchenstreik proklamiert und organisiert im In- und Auslande eine großangelegte Propaganda gegen das gegenwärtige mexikanische Regime. Die Führer der Katholiken haben sich teils nach den Vereinigten Staaten, teils nach Europa begeben und sind bestrebt, eine ausländische Intervention herbeizuführen. Obwohl nun die Vereinigten Staaten aus wirtschafts-imperialistischen Gründen oft genug in den letzten Jahren solche Einmischungen versucht haben, zeigt Coolidge in diesem Falle wenig Neigung zu einem solchen Abenteuer. Einmal, weil Calles bereits bei einer früheren Gelegenheit bewiesen hat, daß er sich vor Amerika nicht fürchtet; ferner, weil es sich um eine ausgesprochen innerpolitische Angelegenheit Mexikos handelt.

Die Arbeiterschaft Europas wird bei der Beurteilung dieses Konfliktes bedenken müssen, daß die Regierung Calles die Vertreter der mexikanischen Arbeiterschaft interessiert ist und die katholische Kirche dort die schwächste, rückschrittlichste Reaktion verkörpert. Es handelt sich dort nicht nur um einen Kulturkampf, sondern auch um einen Klassenkampf!

S. London, 1. August. (Eigener Draht.) Aus Mexiko werden im Zusammenhang mit dem Kirchenstreik blutige Zusammenstöße zwischen der Polizei und den Anhängern der Kirchenvereinigungen gemeldet. Der Hauptzusammenstoß ereignete sich bei der Nennung einer Kirche in Mexiko-Stadt. Die Polizei sah sich gezwungen, von der Waffe Gebrauch zu machen, da sich die Mönche weigerten, die Kirche zu räumen und die Polizei mit Steinen bombardierte. Es gelang schließlich, die Umgebung unter Benutzung von Wasserstrahlmaschinen zu räumen.

Der e.entliche Kirchenstreik hat heute begonnen. Zwischen haben die Gewerkschaften beschlossen, während des Sonntags als Demonstration jeden Verkehr stillzulegen. Dem Präsidenten Calles wurde am Sonntag die Unterstützung der mexikanischen Arbeiterschaft bei der Durchführung des Streikvertrages durch eine Gewerkschaftsdelegation zum Ausdruck gebracht.

Dem Sozialismus gehört die Zukunft

Von Trade Unions der Deputiertenkammer

Die politische Plattform hat sich völlig dreht. Die meisten jener Männer kehrten in die Regierung zurück, die ihr vor den Wahlen von 1924 angehört hatten. Der Ministerpräsident ist der gleiche, wie in jenem Jahre, und der Kammerpräsident ebenfalls. Man ist verneigt zu glauben, daß zwei Jahre Leben einer Nation ausgelöscht seien und der einzige Unterschied darin besteht, daß das englische Pfund statt 65 Frank heute 120 Frank kostet, vor wenigen Tagen sogar 240 Fran.

Man vermag sich nicht voll Rechenschaft zu geben über das, was ist und neu zugleich ist in der augenblicklichen Situation Frankreichs, wenn man nicht einen Blick zurückwirft bis zu dem Zeitpunkt der Beendigung des Weltkrieges. Nur dann lassen sich die Bewegungen der kämpfenden Klassen verstehen und die Umwandlung der Bedingungen, unter denen dieser Kampf sich vollzieht.

Der Waffenstillstand von 1918 bedeutete zunächst für alle am Weltkrieg beteiligten Völker — und auch für die anderen — eine Stunde der Erholung. Aber ich glaube kaum, daß irgendwem eine gleich große Freude empfand wie der Durchschnittsfranzose.

Nur aus jenem Wunderglauben, der immer die Hoffnung in seinem Schoße trägt, ist es zu erklären, daß die Mehrheit der Bevölkerung glaubte, daß der „Zieg“ den „Frieden“ bedeute, und daß der Friede das Ende aller Opfer sei.

Nur langsam begann das Land seinen Irrtum zu begreifen.

Es verdient ins Gedächtnis zurückgerufen zu werden, daß die Regierung Clemenceau bis 20 Tage vor den allgemeinen Wahlen den Belagerungszustand aufrechterhalten hatte und folglich auch die Pressezensur bestand. Daraus ergaben sich ungeheure Schwierigkeiten, der Öffentlichkeit die Wahrheit über die Verhältnisse klarzumachen, unter denen Frankreich während des Krieges und seitdem gelebt hatte, und welche Aussichten für die nächste Zeit bestanden.

Man kann ruhig sagen, daß die Wahlen am 16. November 1919 nicht viel anders ausfielen, als wenn sie am Tage nach dem Waffenstillstand stattgefunden hätten.

Als die Wähler sitzen, haben sie durch das Dunkel, das sie umgab, nur zwei Lichtpunkte: das sichere Ende der Schlachten und die Hoffnung auf Beendigung des Elendes.

Wenn sowohl in den Wahlresultaten als auch in ihrer Verteilung auf die verschiedenen Parteien sich einige Unterschiede ergaben, so hatte dies seine Ursache darin, daß einerseits ein neues Wahlgesetz eine gewisse proportionelle

Verteilung auf alle Listen ergab, und daß die Reaktionen andererseits unter dem Namen „Nationaler Block“ den sogenannten Proportz sehr zu ihrem Vorteil ausnutzten, indem sie ihre verschiedenen Richtungen auf einer einzigen Liste vereinigten.

Erst von diesem Augenblick an begannen sich die Verschiebungen, die der Krieg in der Zusammenfügung der Klassen in Frankreich herbeigeführt hatte, nach und nach in der Politik bemerkbar zu machen.

Ich will nicht auf die Einzelheiten dieses Erwaftens eingehen, das 4½ Jahre später mit dem Sturz des Regimes Poincarés endete. Ich will nur kurz ein paar Punkte herausgreifen.

Der Krieg hatte auf das demokratische Frankreich von 1914 mit seinem Kleinbürger- und Kleinbauerntum, das sich mit seinem mäßigen Wohlstand und in seiner sicheren Existenz zufrieden fühlte, zwei entgegengesetzte Wirkungen ausgeübt.

Anfangs war die Regierung gezwungen gewesen, die Produktion, und bis zu einem gewissen Grade auch den Handel, zu organisieren. Der Krieg hatte auf der einen Seite die kapitalistischen Industrien vermehrt und intensiviert, gestärkt durch die Rückgewinnung des Postkriegs Bedens und der effizienten Industriebezirke, und auf der anderen Seite hatte er den Landwirten Gelegenheit gegeben, eine verhältnismäßige Wohlhabenheit kennenzulernen durch ihren Anteil an der Preissteigerung aller Lebensmittel und durch die Befreiung von ihren Hypothekengläubigern. Aber gleichzeitig hatte dies alles in der städtischen Arbeiterbevölkerung ein Gefühl der Zusammengehörigkeit erweckt und in der Arbeiterjugend eine Antikriegsstimmung erzeugt, die bereit war, in der russischen Revolution den Antritt der Herrschaft des Proletariats zu sehen.

Die erste dieser Wirkungen vertiefte die Klassenscheidung, aber verschaffte gleichzeitig dem Finanzkapitalismus reichliche Möglichkeiten, sein Reich dem Land aufzuzwingen. Und auf diese Weise verfolgten Parlament und Regierung eine Politik der Anleihen und der Inflation, die die Staatsschuld vermehrte und sehr bald ein Sinken des Geldwertes herbeiführten.

Als zweite Wirkung stellte sich der Bourgeoisie die Welt der Arbeit, stark und solidarisch, gegenüber.

Sicherlich hätte ein einheitliche Sozialistische Partei zu jener Zeit den dem durch neue Mittel zu erhöhter Produktion organisierten Internationismus mögliche Konzessionen erteilen können.

Die Spaltung aus dem Parteitag von Tours, Ende 1920, durch die sogenannten „Kommunisten“ löste das

A-Messung 9006